

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Verlag des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ findet in Nastätten sowie bei den ausüblichen Agenturen monatlich Mk. 6.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 18.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gelaperte Nonpareilgröße oder deren Raum mit Mk. 1.50, die Restamette mit Mk. 3.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Müllesche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 34 Nastätten, Dienstag, den 21. März 1922 45. Jahrgang

22. März 1797.

125. Geburtstag Kaiser Wilhelms I.
Der 125. Geburtstag des Geburtsstages des ersten Hohenzollernkaisers Wilhelm fällt auf den 22. März 1922. Der „alte Kaiser“ wurde als zweitältester Sohn des Königs Friedrich Wilhelm III. und der Königin Luise geboren. 1840 erhielt er nach der Thronbesteigung seines Bruders Friedrich Wilhelm IV., der kinderlos war, als Thronfolger den Titel „Prinz von Preußen“, 1857 wurde er für den unheilbar erkrankten König Regent und 1860 König. Gwig denkwürdig bleibt die Kaiserkrönung am 18. Januar 1871. Wilhelm I. starb am 9. März 1888, also kurz vor seinem 91. Geburtstag.

Wilhelm I. war der erste Herrscher über das neue deutsche Kaiserreich, das er unter Mitarbeit Bismarcks an die Stelle des in unzählige Kleinstaaten zerfallenen deutschen Landes setzte. In dem gleichen Spiegelglaube in Versailles, in dem Wilhelm I. zum deutschen Kaiser ausgerufen wurde, mußten unsere Vertreter im Sommer 1919 den Vertrag unterschreiben. Gerade heute ruft die Erinnerung an die Zeiten des „alten Kaisers“ recht wehmütige Erinnerungen wach, aber zugleich gibt uns sein Beispiel auch wieder Hoffnung, daß das einst so starke Reich wieder zur alten Größe erstehen wird.

Die gefährliche Polizei.

Die Antwort auf Rollets Forderungen.
Die interalliierte Militärkommission hatte am 27. Februar in einer Note an die Reichsregierung den Erlaß von Anordnungen der einzelnen deutschen Länder bis zum 16. März verlangt, durch die die Ordnungspolizei völlig umorganisiert werden sollte. Gefordert war in der Hauptsache Beschränkung der staatlichen Polizei auf den Stand des Jahres 1913 und Beseitigung der Nachrichtens- und Kraftfahrformationen, der Luftüberwachungsabteilungen und aller sogenannten selten Verbände (Sondertruppen) und schließlich Aufhebung der für einen Teil der Polizei eingeführten Kasernierung.

Die Antwort der Reichsregierung an die Militärkommission, die jetzt in ihrem Vorkauf vorliegt, ist sehr umfangreich gehalten und beweist, wie sehr die deutsche Regierung bestrebt ist, die Entente von der loyalen Politik des Reiches zu überzeugen, da sie in ihren Zugeständnissen fast über die Grenze des Möglichen hinausgeht, was sie selbst für möglich hält, ohne die Sicherheit des Reiches auf das schwerste zu gefährden. Die Note bemüht sich, Herrn Rollet eingehend

die Gefahr weiterer Dezentralisierung der Polizei

darzulegen. Die frühere Sicherheitspolizei sei gemäß den Forderungen der Entente aufgelöst worden. Da Staaten mit ausreichendem militärischen Schutz und ruhigen innerpolitischen Verhältnissen, wie England, Frankreich, Kanada, Amerika und Italien, große, stark gegliederte Polizeitruppen nicht entbehren können, so könne Deutschland mit seiner auf ein Mindestmaß beschränkten Reichswehr unter Berücksichtigung seiner schwierigen inneren Lage auf starken örtlichen Polizeikräfte erst recht nicht verzichten. Die Erfahrung habe aber gezeigt, daß eine in viele Teile aufgeteilte Polizei im Falle größerer Unruhen nicht eine Stütze, sondern sogar eine Gefahr für den Staat bilde. Denn eine derartige Polizei werde durch die Massen einzeln erledigt. Trotzdem macht die deutsche Regierung zum Beweise ihrer loyalen Erfüllungspolitik

eine Reihe von Vorschlägen, die nach ihrer Ansicht zu einer Verständigung führen können. Sie gehen im wesentlichen dahin, alle festen Verbände innerhalb des Reiches erheblich zu vermindern, die Kasernierung entsprechend einzuschränken, sämtliche Nachrichten- und Kraftfahrformationen, sowie die Luftüberwachungsabteilungen aufzulösen, die jetzigen Uniformen der Schutzpolizei nach Verbrauch der vorhandenen Bestände in einer Weise abzugeben, daß sie zur Feldmäßigen Verwendung ungeeignet werden. Die Reichsregierung hofft, daß dieses Entgegenkommen

bis an die Grenze des Möglichen die Entente von der loyalen Politik des Reiches überzeugt und von weiteren Anforderungen abhält. Die Polizei der deutschen Länder bedarf, wenn sie nicht völlig

zerfallen werden soll, nach den langen Zeiten der Unsicherheit dringend des Eintritts einer ruhigen stetigen Entwicklungsperiode.

Noch eine Note Rollets!

General Rollet hat dem Auswärtigen Amt eine neue Note übergeben, in der es heißt:

Vor dem Krieg und während seiner Dauer haben die Zivilbehörden eine gewisse Zahl von Urkunden geführt, die die Ausführung von Rekrutierungs- und Mobilmachungsmaßnahmen betrafen, die jetzt durch die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages verboten sind.

Es ist nun der Kontrollkommission angezeigt (!) worden, daß nicht alle diese Urkunden vernichtet worden sind. Ein Teil davon soll sich noch in den Händen der Bürgermeister und anderer örtlicher Behörden befinden. Die Kommission beehrt sich, um die Vernichtung der noch übriggebliebenen Archive zu ersuchen. Diese Vernichtung hat in Gegenwart von Kontrolloffizieren zu geschehen, die von den beteiligten Verbindungsstellen über die in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen zu unterrichten sind.

Die Kommission bittet außerdem, ihr in möglichst kurzer Frist die Schritte mitzuteilen, die die deutsche Regierung in Ausführung des Artikels 21 des Friedensvertrages ergriffen hat oder zu ergreifen gedenkt, um den vorerwähnten Zivilbehörden diejenigen Dienstakten zu entreiben, die der Friedensvertrag verbietet.

Die Steuer für 1922.

Die Vorauszahlungen der Einkommensteuer.

Im Publikum herrschen vielfach noch Unklarheiten über die Verpflichtung zur Leistung von Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922.

Die vielfach geäußerte Ansicht, daß die letzte Rate der vorläufigen Einkommensteuer für 1921 bildet, ist unrichtig. Die Einkommensteuer bezieht sich infolge der Umstellung des Veranlagungszeitraums auf das Kalenderjahr nur auf die Zeit vom 1. April bis 31. März 1922. Die Rate vom 15. Februar 1922 ist daher bereits eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für 1922, die im Frühjahr 1922 veranlagt wird. Die Vorauszahlungen sind in bar zu entrichten.

Die im Wege des Steuerabzugs verwerteten Steuermarken und einbehaltenen Beträge sind, soweit sie bis zum 31. März 1922 verwendet oder einbehalten worden sind, auf die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 an Zahlungsstatt hinzugeben. Die für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken, die bis zum 31. März 1922 einzureichen sind, werden auf die für das Rechnungsjahr 1921 zu entrichtende Einkommensteuer angerechnet und die von Lohn oder Gehaltsabzügen des Kalenderjahres 1922 nach dem 31. Dezember 1921 einbehaltenen Steuerbeträge werden nach Ablauf des Kalenderjahres 1922 auf die Einkommensteuer für dieses Jahr angerechnet.

Die Schraube ohne Ende.

Neue Tarifierhöhungen der Eisenbahn

In einer Besprechung mit den Vertretern der Einzelregierungen und den Mitgliedern des vorläufigen Reichseisenbahnrats teilte der Reichsverkehrsminister mit, daß am 1. April 1922 mit Rücksicht auf die starken Erhöhungen der Ausgaben der Reichsbahn eine Tarifierhöhung nötig sei. Die fälligen Mehrkosten, die der Reichsbahn durch die starke Steigerung der Kohlenpreise und damit aller Materialpreise erwachsen, sind für das Rechnungsjahr 1922 auf mindestens 14,5 Milliarden zu beziffern. Die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter vereinbarten Gehalts- und Lohnerhöhungen werden eine weitere Belastung der persönlichen Kosten der Reichsbahn um 8,5 Milliarden bringen, so daß eine Gesamtmehrbelastung der Reichsbahn für den kommenden Haushalt von 23 Milliarden eintritt. Eine Erhöhung der Personentarife im Fernverkehr ist vorläufig angeblich nicht in Aussicht genommen. Dagegen sollen zunächst die Güter- und Tiertarife

die erst am 1. März eine Erhöhung erfahren haben, am 1. April abermals um 40 Prozent erhöht werden.

Auch die Post . . . ?

Berlin, 17. März. Die Postverwaltung teilt mit: Die kürzlich beschlossenen Gehalts- und Lohnerhöhungen sowie die durch die jetzige Forderungswelle hervorgerufene Steigerung der Materialpreise zwingen auch die Postverwaltung erneut, die erhöhten Ausgaben mit den Einnahmen in Übereinstimmung zu bringen. Allein durch Verringerung der Ausgaben wird dies nicht möglich sein. Inwiefern eine Vermehrung der Einnahmen durch Tarifierhöhungen stattfinden kann, wird aber erst beurteilt werden können, wenn sich die Wirkung der letzten Gebührenerhöhungen genauer übersehen läßt. Zum 1. April steht eine Tarifierhöhung nicht bevor. Vorher wird jedenfalls erst im Benehmen mit allen zuständigen Stellen, auch dem Verkehrsbeirat, geprüft werden, bei welchen Gegenständen eine Gebührenerhöhung möglich und einträglich sein wird.

Die Post scheint mit ihrer letzten Tarifierhöhung bereits allerlei Erfahrungen gemacht zu haben, wenn sie sich an die neue Erhöhung nicht so recht heranwagen will.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. März 1922.

Steuerkompromiß und Zwangsanleihe.
Mit der heutigen Sitzung beginnen die entscheidenden Beratungen über das große Steuerprogramm, das jetzt mit riesenschritten seiner endgültigen Erledigung entgegengeht. Zunächst scheint das Interesse nicht groß zu sein, so daß bei der Fortsetzung der 2. Sitzung des Branntweinmonopolgesetzes — vorher hatte man das Gesetz über die Verlängerung der Rindgungsbefristungen für Schwerbeschädigte angenommen — der Kommunist Höllein wieder einmal mit Erfolg die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln kann.

In der zweiten Sitzung wird das Gesetz schließlich angenommen, dazu eine Entscheidung, die ein Gesetz fordert, das den Gemeinden die Möglichkeit gibt, Abgaben auf den Trinkbranntwein zu erheben. Ferner soll die Umwandlung der Verwertungsbetriebe des Monopols in eine Aktiengesellschaft empfohlen werden. Das von den Kommunisten geforderte völlige Alkoholverbot wurde abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht jetzt das sogenannte

Wartelgesetz zu den Steuervorlagen, das vor kurzem nach wochenlangen Beratungen der Parteien zustandekommen ist. § 1 ermächtigt die Regierung zur Erhebung einer in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe von einer Milliarde Goldmark. § 2 zählt die 14 neuen Steuererträge auf, nämlich Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Umsatzsteuer, Kohlensteuer, Verbrauchsteuer, Erhöhung von Zöllen, Zudersteuer, Süßholzwasser, Kraftfahrzeugesteuer, Rennwett- und Lotteriegeld, Versicherungsteuer, Branntweinmonopolgesetz.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes leitet die Beratung ein, von johlenden Rufen der äußersten Linken („Dreimarkteinkäufer!“) begrüßt. Er weist zunächst darauf hin, daß die Steuerbelastung in keinem Lande einen solchen Grad erreicht hat wie in Deutschland, auch in Frankreich nicht.

Meist als die jetzigen Vorlagen ist nach dem Stand unserer Wirtschaft für uns nicht erträglich. Die Ziele waren, die steuerliche Belastung im Rahmen des Erträglichkeit zu halten und andererseits die Gesundung unserer Finanzwirtschaft nicht zu gefährden.

Der Minister geht dann auf die einzelnen Vorlagen ein: Daß die Nachkriegsgewinnsteuer durch das Kompromiß fallen gelassen worden ist, scheint ihm nicht so wichtig. Die Vermögenssteuern werden erst 1923 veranlagt werden. Die Veranlagung der Einkommensteuer für 1920 ist im wesentlichen erledigt, die für 1921 wird hoffentlich rechtzeitig durchgeführt werden können, und dann sei der regelmäßige Turnus wieder erreicht und die Finanzämter haben mehr Zeit zum Ausarbeiten der Reste.

Es soll dafür gesorgt werden, daß die Einzahlungen für die Zwangsanleihe

nach in diesem Jahre beginnen. Durch die Zwangsanleihe haben die Besitzsteuern ein Übergewicht über die Verbrauchsteuern erhalten. Sie bedeutet ein neues Schwere des Opfers des Besitzes. Ihre Ausgestaltung und möglichst schnelle Erhebung soll durch ein besonderes Gesetz gesichert werden.

Der Minister bedauert die Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent. Die Verabschiedung der Abkündigungserbezeichnet er als besonders dringend.

Nachdem der Minister noch einmal kurz die übrigen Verbrauchsteuern begründet hat, bittet er zum Schluß um schnelle Verabschiedung des Steuerprogramms, indem er auf die finanzielle Notlage des Reiches hinweist und unter anderem betont, daß die Defizitanzahlungen von 31 Millionen Goldmark an die Entente nicht mehr lange weiter gehen.

Den Reigen der Redner in der nun beginnenden großen Aussprache eröffnet der alte Ideolog der Sozialdemokratie, Eduard Bernstein. Seiner Partei, erklärt er, falle die Zustimmung zu den Steuervorlagen schwer, weil durch sie in der Hauptsache nur die Besitzsteuern getroffen würden. Er sieht das Heil und die einzige wirkliche Rettung in der Erfassung der Sachwerte. Wenn das Kompromiß aber nicht zustande käme, so würde uns die Entente noch härtere Verbrauchsteuern zwangsweise auferlegen.

Für die Deutschnationalen spricht der einseitige Finanzminister Dr. Helfferich, der das Steuerkompromiß in scharfer Kritik zerpfückt. Wohl niemand im Hause, meint er, sehe dieses nach langen Verhandlungen zustandekommene Kompromiß als etwas Gutes an.

Das Steuerkompromiß lehnt seine Partei deswegen ab, weil es unvollständigen, rein parteipolitischen Forderungen entspricht. Nicht im Interesse der doch unmöglichen Erfüllungspolitik, sondern um den Reichsetat in Ordnung zu bringen, wolle seine Partei dennoch an den Steuern mitarbeiten. Er schildert dann das wachsende Defizit der Verkehrsverwaltungen und besonders des Reparationsbetriebs und wendet sich gegen die Erfüllungspolitik. Er hält eine Zwangsanleihe nur für möglich, wenn in der Reparationspolitik eine Wendung zur Vernunft eintritt.

Berlin, 17. März 1922.

Die große Steuerdebatte.

Die gestern begonnene Debatte, soll fortgesetzt werden. Aber als der erste Redner, Beder-Bessen, der einseitige Finanzminister und jetzige Sachverständiger der Deutschen Volkspartei, sprechen will, stellt er fest, daß sämtliche Regierungsbankrotte sind. Auf seinen Antrag verlegt man sich um eine halbe Stunde. In der neuen Sitzung ist der Reichsfinanzminister erschienen, und Dr. Beder kann die Debatte eröffnen. Er meint zunächst, es wäre innen- und außenpolitisch richtiger gewesen, wenn der Kanzler selbst das Steuerkompromiß eingeführt hätte. Er legt sich dann mit dem geistreichen sozialdemokratischen Redner Bernheim auseinander, dessen Forderung nach Erfassung der Sachwerte er abzurufen führt, und bezeichnet dessen Behauptung, es sei zweifelhaft, ob in Deutschland die Vermögenssteuer so stark angespannt sei wie im Ausland, als unerhört. Daß das Gegenteil der Fall ist, hätten Hermes und Helfferich gestern nachgewiesen. Dann wendet er sich Helfferich zu, dessen Kritik gegenüber der Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu dem Kompromiß verteidigt. Das Reich müsse Geld haben, und man könne um das Kompromiß deshalb nicht herum. Er sucht Helfferichs Vorwürfen gegenüber nachzuweisen, was die Deutsche Volkspartei vom bürgerlichen Standpunkt aus gegenüber der sozialistischen Forderung erreicht habe. Er meint, die unbedingt notwendige Revision des Friedensvertrages werde um so eher kommen, wenn wir dem Ausland unseren ehrlichen Willen zeigen, unseren eigenen Haushalt in Ordnung zu bringen. Und das täten wir mit diesem Steuerkompromiß.

Für das Zentrum spricht der greife Herold. Er ergänzt im wesentlichen die Ausführungen des Vorredners und weist gleichfalls auf das schwere Opfer des Besitzes hin, das die Vermögenssteuern und die Zwangsanleihe darstelle. Er betont die Notwendigkeit der positiven Mitarbeit der Sozialdemokratie und stellt zum Schluß fest, daß jede noch so hohe Steuerbelastung ohne gründliche Abänderung der Reparationsverpflichtungen zwecklos sei.

In ganz anderem Sinne spricht der Un- abhängige Senke, der das Kompromiß in Reich und Vogen ablehnt, da es nur die Verfolgung treffe, während die Bestehen- gar nicht belastet würden.

Der Demokrat Fischer-Adl verteidigt das Steuerkompromiß aus ähnlichen Gründen wie die Abg. Becker und Gerold. Er schildert dann eingehend den wirtschaftlichen Unflut des Versailler Vertrages, dessen Revision unbedingt notwendig sei.

Zum Schluß wendet sich der Reichs- finanzminister Dr. Hermes gegen den Abg. Bernstein und weist nach, daß die Besitz- steuern in Deutschland höher als in irgend einem anderen Lande sind. Dann verläßt man sich auf Sonnabend.

— Berlin, 18. März 1922.

Abschluß der ersten Lesung des Steuer- programm.

Heute kommen noch die Redner der kleinen Gruppen zum Steuerprogramm zum Worte, zunächst Abg. Emminger von der Bayerischen Volkspartei. Er bekämpft den Gedanken der Erlassung der Sachwerte, schildert die wachsende Teuerung im Lande und nimmt im Anschluß daran zu einzelnen indirekten Steuern, die ihm zu hoch scheinen. Ganz besonders weist er auf die Steuer der Wertgegenstände hin, die er als echter Vayer damit die viersteuert. Trotz aller Bedenken stimmt er aber schließlich schweren Herzens mitgebilligt dem Steuerkompromiß, auch der Zwangsanleihe, trotz des vernichtenden Urteils, das der Reichswirtschaftsrat über sie gefällt hat, zu.

Es sprechen dann noch die Vertreter der beiden kommunistischen Gruppen, der „Levit“ Dr. Geysler und der „echte Moskowiter“ Koenen. Beide richten ihre Haupt- angriffe gegen die Interesslosigkeit der Parlamentarier, die auch zu dieser Sitzung recht wenig zahlreich erschienen sind. Das Steuerkompromiß lehnen sie natürlich beide ab.

Damit ist die erste Lesung des Steuer- programm beendet. Montag beginnt die zweite Beratung.

Preussischer Landtag.

— Berlin, 16. März 1922.

Man setzt die Beratung des „Handels- wesen“ fort. Handelsminister Siering gibt zunächst die Forderung Ausdruck, daß alle Verkehrsmittel in der Hand des Staates bleiben müßten. Die berechtigten Klagen über die Wagnisstellung der Eisenbahn erkennt er an. Was das Streikrecht betrifft, so haben es zweifellos die Arbeiter und Angestellten. Nach Artikel 159 der Reichs- verfassung haben es die Beamten aber nicht. Sie haben nur das Koalitionsrecht. Der Minister geht dann auf eine Anzahl in der geistigen Debatte vorgebrachter Einzelheiten ein über die Verwaltung der Duisburger und Embener Häfen und über den Ausbau einiger Kanäle.

Sein Vorgänger im Amt, der demokratische Abg. Fischbeck, gibt noch einige Ergänzungen in der Frage des Duisburger Hafens.

Man wendet sich dann dem nächsten Kapitel „Gewerbliches Unterrichts- wesen“ zu. Es entspinnt sich hierbei eine längere Debatte über Fortbildungsaufwachen.

— Berlin, 17. März 1922.

Das gering besuchte Haus beendet zu- nächst die 2. Lesung des Handels- wesen; die Abstimmungen hierüber sollen erst Dienstag, den 28. März, vorgenommen werden.

Ein Entwurf, wonach die Gemeinden bis zur endgültigen Veranlagung der wiederkehrenden Gemeindesteuern und Kanalisationsgebühren für die Rechnungsjahre 1922 und 1923 berechnungsfähig sein sollen, die für das Vorjahr erhobenen Abgaben- beträge vorläufig weiter zu erheben und auf die endgültigen Veranlagungen anzu- rechnen, wird in zweiter und dritter Lesung verabschiedet, desgleichen ein Entwurf zur Ergänzung des Gesetzes über die Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbsteuer. Der Entwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatl. Wäldern geht nach kurzer Aus- sprache an den Siedlungsaußschuß. Hierbei wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Vorlegung eines Moorabbaugesetzes ange- nommen.

Der Gesetzentwurf über die Neuord- nung der kommunalen Verwal- tung in der Ostmark geht ebenso an den Hauptauschuß.

Dann begründet der Demokrat Berndt einen Antrag auf Aufhebung der Fidei- komisse.

Auch dieser Antrag geht an einen Rechtsauschuß.

Nachdem dann noch Abg. Peters (Soz.) den Ausschußbericht zum Forstetat erläutert hat, wird die Weiterberatung auf Sonn- abend verlagert.

— Berlin, 18. März 1922.

Bei der Fortsetzung der zweiten Be- ratung des Forstetats fragt der Sozial- demokrat Wende nach dem Forstkulturge- setz. Die Vermutung des Waldes wird nach sei- ner Ansicht nicht eher aufhören, ehe nicht der Privatwald in Staatswirtschaft über- geführt sei. Auch der Abg. Held (D. Vp.) fordert das Forstkulturgez. Auch er meint, daß die Privatwälder unter strenge Staatsaufsicht gestellt werden sollten. Gleicher Ansicht ist der Abg. Schmelzer vom Zentrum, der verhindern will, daß unter Wald in fremde Hände oder in die Hände von Kriegsgewinnlern übergeht.

Nachdem noch Abg. Streese (Dnat.) einige Einzelwünsche vorgebracht hat, geht der Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf

in längeren Ausführungen auf die in der Debatte vorgebrachten Einzelheiten ein. Er schildert die Maßnahmen der Forstverwal- tung, die bemüht ist unter Vöhrung des Bestandes des von ihr verwalteten Forst- areals aus diesem höchstmögliche Beiträge herauszuwirtschaften. In der Haupt- sache ist die Forstverwaltung in der Ver- waltung des Forstbestandes durch die Forst- bediensteten um 400 000 Hektar die Höhe von 1903 fast wieder erreicht. Die Einnah- men aus der Verpachtung von Fischereien und Seen sollen unter Berücksichtigung des Existenzbedürfnisses der Pächter erhöht werden. Die Verpachtung von Jagden wird nur noch in besonderen Fällen erfol- gen. In diesem Jahre können die Sied- lungsgesellschaften mit staatlichem Holz nicht beliefert werden, da das Forst- wesen bei der Vermehrung von Holz- kosten usw. freie Hand haben muß. Der Bedarf soll durch freihändigen Verkauf ge- deckt werden. Die Privatforsten bedür- fen der Staatsaufsicht. Das vielbespro- chene Forstkulturgez. ist noch nicht vorge- legt, weil das Reich ein allgemeines Gez. erlassen wird.

Der Demokrat Barteld bringt Wünsche über die Ausbildung der Forstbeamten vor. Dann wird die Beratung abgebrochen und man verläßt sich auf Montag, den 27. März, ohne daß man wegen der man- gelhaften Teilnahme der Abgeordneten an der Sitzung den Etat beenden konnte.

Deutsches Reich.

Die Löhne der Reichsarbeiter. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsorga- nisationen über Erhöhung der Arbeiter- löhne haben zu einer Einigung geführt.

Das Reichsmietengesetz endgültig be- schlossen. Der Reichsrat hat mit 38 gegen 27 Stimmen entschieden, daß das Reichs- mietengesetz nicht als Verfassungsänderung anzusehen sei. Weiter wurde mit 41 gegen 24 Stimmen der ba- tische Antrag abge- lehnt, Einpruch gegen die vom Reichstag angenommene Fassung zu erheben. Das Gez. kann also demnächst publiziert wer- den und fristgerecht am 1. Juli in Kraft treten.

Gegen das Streikrecht der Beamten. Der Hauptauschuß des Bayerischen Städte- bundes befaßt sich mit der Frage, ob den Beamten das Streikrecht zustehe. Unter Zustimmung der Vertreter aller Parteien kam man zu dem Beschluß, daß den Beam- ten das Streikrecht nicht zuerkannt werden könne.

Die Not der Zeitungen. Die Ver- triebskräfte der Kölner Zeitungen verlang- ten in einer einstimmig angenommenen Entschließung von der Regierung die sofortige und gänzliche Sperrung der Ausfuhr von Zellstoff, die zeitweise Sperrung der Ausfuhr sämtlicher Papierarten mit Aus- nahme der Luxus- papiere, Maßnahmen zur Einschränkung der länderweitigen Preise für Papier, Holz und Kohle, sowie Beseiti- gung jeder Sonderbesteuerung der Presse. Nur die sofortige Durchsührung der ge- forderten Maßnahmen sei geeignet, in letzter Stunde den drohenden Niedergang der Presse aufzuhalten und die Arbeiter und Angestellten vor Arbeitslosigkeit und Not zu schützen.

In Berlin hat am Donnerstag und Freitag eine Tagung der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer stattgefunden, auf der besonders die Förderung der land- wirtschaftlichen Produktion zur Sprache kam.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwi- schen Danzig und Polen sind wieder aufge- nommen worden.

Ausland.

Schweiz.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Die Zahl der Arbeitslosen auf dem schwei- zerischen Arbeitsmarkt hat sich vom Januar auf Februar um 2100 auf 99 541 erhöht. Dazu kommen noch 46 764 teilweise Ar- beitslose, so daß die Gesamtzahl der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Personen 146 305 beträgt. — Auch in den Ländern mit „guter“ Valuta machen sich eben die Folgen des Versailler Vertrages verheerend be- merkbar.

England.

Die Sommerzeit in England und Frankreich. Am Sonntag, den 26. März, 2 Uhr morgens, tritt in England die Som- merzeit in Kraft und dauert bis zum 8. Ok- tober, 2 Uhr morgens. In Frankreich dauert die Sommerzeit vom Sonnabend, den 25. März, 11 Uhr abends, bis 7. Oktober Mitternacht. Auch in Belgien besteht für den gleichen Zeitraum die Sommerzeit.

Südafrika.

Das Ende des Streiks in Südafrika. Reuter meldet aus Pretoria, daß, obwohl die Revolution im Randgebiet wirksam unterdrückt worden sei, einzelne Truppe von „Roten“ noch Widerstand leisten und versuchten, der Befehlshaber zu entgehen. Die Zahl der Gefangenen beträgt über 6000. Die Eisenbahnen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Eine offizielle Mit- teilung erklärt, die Polizei habe umfassende Beweise in der Hand, daß der Aufstand in Südafrika das Ergebnis eines bolsche- wistischen Komplotts gewesen sei.

Der amerikanische Senat beschloß Desterreich zur Bekämpfung des Hungers eine neue Anleihe von 50 Millionen Dol-

lar zu gewähren, die erst in 25 Jahren zu- rückzahlbar wäre.

Der tschechische Ministerrat hat den Handelsvertrag mit Deutschland unter- zeichnet.

Die letzte Regierungserklärung de Facias wird von den bürgerlichen Parteien Italiens einstimmig gebilligt. Auch die nationale Gruppe hat beigestimmt, für das Ministerium de Facias zu stimmen.

In Rom ist der Belagerungszustand erklärt worden. Man beabsichtigt, eine Volksabstimmung vorzunehmen. Der Ver- treter der italienischen Regierung, Castelli, legt seine Vorschläge mit den vertriebe- nen Parteien fort, um ein Konzentrations- kabinett zu bilden.

König Fuad von Ägypten hat in einer Proklamation sein Land als souve- ränen und unabhängigen Staat prokla- miert.

Die Endabstimmung über das Bier- mächteabkommen in amerikanischen Senat wurde auf den 24. März angesetzt.

Der Vertrag von Lana ist nach dem Austausch der Ratifikationsurkunde zwi- schen Deutsch-Österreich und der Tschecho- slowakei in Kraft getreten.

Der französische Gesandte teilte dem österreichischen Botschafter mit, daß die Entente in der bürgerlichen Frage auf Seiten Österreichs keine und die ungarischen Forderungen mißbillige.

Das italienische Kriegsministerium verfügte, daß am 15. April die bisher in Oberitalien lebenden Teile des italienischen Heeres in die Heimatgarni- sionen zurückverlegt werden.

Die russische Sowjetregierung warnt die polnische Regierung, der sie Friedens- verletzung vorwirft, vor den militärischen Kriegsvorbereitungen an der russischen Grenze.

Halbamtlich wird erklärt, die Ver- einigten Staaten würden in der Frage der Befähigungskosten unbedingt festbleiben. Das Kongresskomitee befristete die Vermin- derung der Befähigung auf 500 Mann.

Die Senatsdebatte über das Bier- mächteabkommen hat einen heftigen Verlauf genommen. Harding's Vertreter irachen die Drohung aus, falls der Biermächte- vertrag über den Stillen Ozean falle, würden die anderen Abstützungsverträge zurückge- zogen werden. Harding würde dann im November an das Volk appellieren.

Italienserin verlangt in einem Funkspruch an die französische Regierung völlige Gleichberechtigung Rußlands auf der Konferenz von Genue.

Der Vertrag über die Ausdehnung des Bemelmanschen Abkommens auf Frankreich ist bisher noch nicht unterzeich- net worden.

In der Reparationskommission soll sich die Mehrheit für ein Moratorium für Deutschland entschieden haben.

In Britisch-Somaliland entstanden in- folge Festnahme des Eingeborenenführers Thuku in Nairobi ernste Unruhen; es kam zu blutigen Kämpfen mit den englischen Truppen.

In Rom hat der Leutnant Ca- bruna die Militärdiktatur ausgerufen.

Ländliche Krankenpflege.

Rechtlinien.

Von W. Reichenau, Königsberg i. Pr. Die Vermehrung, die wirtschaftliche Sicherstellung und der Ausbau der Gemeindefürsorgestationen ist eine dringende Notwendigkeit.

Die Gemeindefürsorgestation braucht für ihren Beruf eine Spezialausbildung, und zwar entweder eine von vornherein dar- auf hinzielende oder eine ergänzende bei dem Uebergang aus der Anstaltskranken- pflege in die Gemeindepflege. Sie braucht für das Land besondere Kenntnisse, sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet wie für die heute immer schwieriger werdende soziale Arbeit, eingeschlossen Kinder- und Jugendpflege. Diese Arbeitsgebiete berühren sich auf das engste mit der Krankenpflege. Die Aus- bildung kann, entsprechend der Anlage und späteren Verwendung, mehr sozialisiert werden nach der praktischen-pflegerischen oder nach der pädagogisch-wirtschaftlichen Seite hin. Der Beruf der Gemeindefürsorgestation muß in jeder Beziehung so ausgestaltet werden, daß sich mehr als bisher Frauen und Mäd- chen vom Lande und aus der Kleinstadt ihm zuwenden. (Das ist das Ziel auch des Reichs- Landbundes.)

Die Besetzung jeder Station mit zwei oder mehr Schwestern ist möglichst anzu- streben. Bei größeren Bezirken muß die Station für Beförderungsbedürfnisse, Wa- gen oder Rad, sorgen. Notwendig ist eine wirtschaftliche Besserstellung der Schwester und bei solchen, die keinem Mutterhaus bzw. Schwesternverband angehören, eine ausreichende Altersversorgung. Träger der Station muß die Gemeinde, ein örtlicher Verein bzw. ein Zweigverband sein, der die Kosten für Wohnung, Heizung, Beleuch- tung, Deputat aufbringt. Neben anderer Organisationen haben besonders der Kreis die Krankenkasse, die Landesversicherungs- anstalt ein Interesse daran, erhebliche Bei- hilfen zu leisten.

Eine Gemeindefürsorgestation in rein ländlicher Gegend soll der Mittelpunkt sein für die Kranken- und allgemeine Wohl- fahrtspflege, für Kinder- und Jugendpflege für den Unterricht in Säuglingspflege und auf wirtschaftlichem Gebiete, soweit nicht bereits andere Kräfte dafür in Frage kom- men. Die erweiterte Gemeindefürsorgestation ist der Weg zur ländlichen weiblichen Fortbildungsschule. Mittelpunkt für die Ar- beit der Gemeindefürsorgestation eines Kreises

in der Wohlfahrtspflege ist das Kreiswohl- fahrtsgesamt mit Fürsorgeamt und Kreis- fürsorge-An- Zusammenkünfte und gelegent- liche Lehrgänge dienen der Belebung der Arbeit und der Fortbildung.

In der Kranken- und Wohlfahrtspflege muß die Gemeindefürsorgestation ein in der Gemeinde vorhandenes Kräfte der Nachbarlichen und Selbsthilfe zu wecken. Zur Vertretung der erkrankten Hausfrau in wirtschaftlicher Hinsicht erzielt sie sich Haus- pflegerinnen. Dort, wo nur eine Gemeindefür- sorgestation angestellt oder der Bezirk zu groß ist, soll für die Ausbildung und Verwendung von sogenannten Land-Krankenpflegerinnen oder Helferinnen gesorgt werden, die unter Anleitung der Gemeindefürsorgestation als Hilfs- kräfte nützliche Dienste leisten können. Es ist wünschenswert, daß diese nicht nur die Grundzüge der häuslichen Krankenpflege sondern auch der allgemeinen Wohlfahrtspflege lernen.

Alle Hilfskräfte in der ländlichen Kran- kenpflege müssen in erster Linie bemüht sein, durch Belehrung und Aufklärung Kran- kheiten und ihre Verbreitung verhüten.

Zur Rentabilität des Flachsbau.

Von Oekonomierat A. H. J. Blantene.

Wer sich neu zum Flachsbau entschie- den soll, für den sind natürlich die zu er- reichenden Hoherträge bzw. Reinerträge in erster Linie maßgebend. Seitens des Son- derauswüchses für Flachsbau der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft sind als Durch- schnittserträge vom Hektar, berechnet auf einen Zeitraum von 10 Jahren, folgende er- mittelt worden: 36 Doppelzentner Flachs- stroh, 6 Doppelzentner Leinsamen, 6 Dop- pelzentner Spreu.

Während des Krieges und nach ihm sind nun allerdings die Erträge bedeutend gesunken. Stellenweise sind sie, wie z. B. aus Hessen gemeldet wurde, bis auf 12 Dop- pelzentner Flachsstroh je Hektar herunter- gegangen. An anderen Stellen sind sie aber auch auf 60 Doppelzentner Flachs- stroh je Hektar und noch höher gestiegen. In Schleswig-Holstein z. B. sind in der Provinz, ferner im Kreis Oldenburg i. Hol- stein und in einzelnen Marschgebieten bis 75 Doppelzentner je Hektar auch in den Kriegsjahren geerntet worden. Es ist nun natürlich nicht angängig, die außergewöhn- lich niedrigen oder die außergewöhnlich ho- hen Erträge einer Ertragsberechnung zu- grunde zu legen; dazu kann man nur die für einen längeren Zeitraum ermittelten Durchschnittserträge gebrauchen.

Für Strohhack wurde im Oktober vor- rigen Jahres nach den Festsetzungen der Preiskommission, welche aus je neun Ver- tretern der Landwirtschaft und der Indus- trie sich zusammensetzt, je nach Güte 90 bis 270 M. je Doppelzentner gezahlt, durch- schnittlich also 180 M., inzwischen sind die Marktpreise ganz wesentlich gestiegen. Die genannten Preise gelten allerdings zu- nächst nur für den vertragsmäßig ange- bauten Flachsbau, doch pflegen sich die Preise der ohne Vertrag angebauten Fläche danach einzustellen. Gewöhnliche Leinfaat (nicht Saatlein) kostete in den letzten Wochen 1200 Mark je 100 Kilogramm. Unter Berücksich- tigung der von der D. L. G. in der Vor- kriegszeit aufgestellten Durchschnittserträge erhalten wir dann, wenn wir hier nochmals die alten Preise zugrunde legen, als Hohertrag vom Hektar folgendes:

36 Doppelzentner Flachsstroh	6 480 M.
6 Doppelzentner Leinsamen,	7 200 M.
6 Doppelzentner Spreu,	600 M.
Hohertrag je Hektar	14 280 M.
Während der Kriegszeit und auch in der Nachkriegszeit sind aber, wie ich vorhin schon betonte, die Erträge erheblich gesun- ken. Die oben erwähnte Preiskommission gibt die Durchschnittserträge für diese Zeit auf 30 Doppelzentner Strohhack, 6 Dop- pelzentner Leinsamen und 6 Doppelzentner Spreu je Hektar an. Der Hohertrag würde sich nach diesen Angaben folgendermaßen stellen:	
30 Doppelzentner Strohhack,	5 400 M.
6 Doppelzentner Samen,	7 200 M.
6 Doppelzentner Spreu,	600 M.
Hohertrag je Hektar	13 200 M.

Auch dieser Hohertrag dürfte genügen, um auch bei den jetzigen, außergewöhnlich gestiegenen Unkosten noch einen Reinertrag zu erzielen. Jedenfalls sind die Erträge des Flachsbaues auch unter Berücksichtigung der höheren Saat- und Erntekosten höher als die der übrigen Kulturfrüchte, welche, wie der Flachsbau, in zweiter Tracht ohne Stallmist angebaut werden, und die des- halb auch nur zum Vergleich herangezogen werden können. Das wären hauptsächlich die Getreidearten und vielleicht noch einige Hülsenfrüchte.

Es werden aber, wie schon erwähnt, jetzt tatsächlich höhere Preise angelegt als wie die vorhin angegebenen Durchschnitts- preise.

Ein größeres Risiko ist also, wenn der Landwirt den Flachsbau jetzt in seine Fruchtfolge mit aufnimmt, nicht damit ver- bunden. Auch der vermehrte Flachsbau gehört in die wirtschaftliche Heimatspolitik, wie sie der Reichs-Landbund mit solchem Nachdruck vertritt.

Um den Flachsbau noch weiter zu för- dern, haben sich die meisten Präsidien des Deutschen Reiches bereit erklärt, bei Ablieferung des Strohhackes Rebwaren

die zur Höhe der Kaufsumme zu Habr...
preisen zurückzuführen. Da die Preise der
Schwaren, ehe sie aus der Fabrik über
den Groß- und Kleinhandel in die Hände
des Verbrauchers gelangen, einen Aufschlag
bis zu 30 Prozent und mehr erleiden, so
bedeutet dieses Angebot einen großen Vor-
teil für die Landwirte. Bei der Ablieferung
des Strohlachses legen die Fabrikanten
ihre Vertreter Musterbäcker vor, wonach sich
jeder die benötigten Bekwaren, welche er ge-
rade braucht, selbst herausfinden kann.

Heimliches.

Rastätten, 20. März 1922.

Der Zeitwechsel im besetzten Gebiet erfolgt
in der Nacht zum 26. März. Besondere Anord-
nungen für den Ueberführungsdiens gelten für
die Nacht vom 25. zum 26. März.

Sonnensfinsternis. Der Monat März bringt
eine Sonnensfinsternis am 28. März. Es handelt sich
um eine partielle Sonnensfinsternis. Sie beginnt
in unserem Himmelsstreifen nachmittags gegen 2,10
Uhr und endet gegen 3,50 Uhr. Ein Viertel der
Sonnenscheibe wird verdunkelt sein.

Fortbildungsschule. Durch besondere Kreis-
sagung ist nunmehr der Besuch der gewerblichen
Berufsschulen geregelt. Alle gewerblichen Arbeiter
sind verpflichtet, eine vom Staate anerkannte
öffentliche gewerbliche Berufsschule drei Jahre
lang zu besuchen; die Schulpflicht endet mit dem
Beginn des Schuljahres, in dem der Schul-
pflichtige das 18. Lebensjahr vollendet. Schul-
träger ist die Gemeinde, die Verwaltung der
Schule geschieht durch einen Schulvorstand. Zur
Deckung der Schulunterhaltungskosten werden be-
sondere Schulbeiträge erhoben, die nach den ein-
zelnen Gewerbesteuerklassen abgestuft sind und
zwischen 30 bis 100 Mark jährlich betragen. Eine
zweite Kreisbesagung trifft Bestimmungen über
die Erweiterung der Fortbildungsschulpflicht.
Hiernach sind alle männlichen Personen unter
18 Jahren verpflichtet, eine Berufsschule oder
ähnliche Unterrichtsveranstaltung zu besuchen, so-
weit diese Pflicht sich nicht auf Grund der Be-
stimmungen über den Besuch der gewerblichen
Berufsschulen ergibt. Es müssen somit nunmehr
auch die in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen
am Fortbildungsunterricht teilnehmen. Soweit
Schulpflichtige nicht in einem Arbeitsverhältnis
stehen, treten an die Stelle der Arbeitgeber die
Eltern oder die gesetzlichen Vertreter.

Für die Hausfrauen! Die Zwiebeln, die
in der Küche von der Hausfrau so sehr benötigt
werden, jetzt aber sehr selten und zudem teuer
sind, dürfen sehr gut durch folgendes einfaches
Mittel zu ersetzen sein: Man legt alte Zwiebeln
in einen Blumentopf, dieselben bringen dann nach
kurzer Zeit Schoten, welche im Geschmack der
Zwiebel völlig gleichkommen.

Miehlen, 12. März. Am Sonntag, den
26. Februar, hielten die Wagner des Kreises
St. Goarshausen eine Versammlung im Gasthaus
„Zur Rose“ ab. Altmeister Heuser-Rastätten er-
öffnete dieselbe und gab seiner Freude Ausdruck
über den so überaus zahlreichen Besuch. Es
waren fast sämtliche Orte des Kreises vertreten.
Viele Kollegen bedauerten es sehr, daß seit
Frühjahr 1919 keine Versammlung mehr ab-
gehalten und daß an manchen Orten noch Preise
für fertige Arbeiten bezahlt wurden, wofür man
heute das Holz im Walde nicht mehr kaufen kann.
Es folgte nun eine längere Aussprache über
Zwangsg- oder freie Zinnung. Die Mehrzahl
stimmte für eine freie Wagnervereinigung, mit dem
Hinweis, daß wenn alle an der guten Sache mit-
arbeiten, dieselbe leicht zu erreichen sei. Bei
der nun folgenden Vorstandswahl wurden folgende
Herren gewählt: Hermann Dreßler-Oberlahnstein
(Obermeister), Jakob Heuser-Rastätten (Stell-
vertreter), Theodor Mey-Braubach (Schriftführer).
Als Beisitzer wurden die Herren Christian Wen-
denius-Piffinghofen, Christian Bilo-Obertiefenbach
und August Köhler-Dachsenhausen berufen. Neben
dem Vorstand wurden noch einige Kollegen aus
verschiedenen Orten zur Wahlprüfungskommission
bestimmt. Zum Schluß dankte Obermeister
Dreßler nochmals für den großen Besuch, der
das wachsende Interesse erkennen läßt. Die
Vorstands- und Preisprüfungsmitglieder hatten
sich am Sonntag, den 12. März, in demselben
Lokale versammelt, um die Preise den
jetzigen Holz- und Lebensmittelpreisen anzupassen.
Die nächste Versammlung findet Sonntag, den
26. März, um 1 Uhr in Vogel im Gasthaus
„Zum Gambirinus“ statt, wozu alle Wagner aus
dem Kreise St. Goarshausen eingeladen werden.
Dasselbe werden die Preise bekannt gegeben und
noch Verschiedenes geregelt.

Vom Rhein, 19. März. Große Flöße
schwimmen gegenwärtig auf dem Rhein talwärts,
um nach Holland gebracht zu werden. Der Wert
dieser Stämme, Tannen- und Eichenholz, ist sehr
bedeutend.

Rüdesheim, 17. März. In der letzten
Zeit haben die Weinpreise angezogen. In
Hmannshausen gingen mehrere Halbtud 1921er
Spätburgunder in anderen Besitz über. Erlöst
wurden für das Halbtud 1920er Spätburgunder
20000 bis 25000 Mark, 1921er Spätburgunder
34000 bis 35000 Mark. Weißwein wird
ebenfalls ständig verkauft, aber die Lager sind
schon ziemlich geräumt und was noch zu greifen
ist, wird sehr hoch bewertet. In Lorchhausen
stellen sich die Forderungen für das Stück 1921er
auf 50000 bis 52000 Mark; vor kurzem
wurden dort noch 48500 bis 50000 Mark für

das Stück bezahlt. In Lorch kostete das Stück
1921er 53500 bis 60000 Mark.

spd. Wehrheim, 19. März. In der Schlacht
bei Arras im Jahre 1916 erlitt der hiesige
Einwohner Stenzel bei einer Verwundung einen
Nervenschock, der ihm die Sprache raubte. Als
Stenzel sich vor einigen Tagen im Walde aufhielt,
fiel in seiner Nähe plötzlich ein Schuß, der ihn
außerordentlich erschreckte und ihm die Sprache
wiedergab. Wenn der Mann auch vorerst nur
leise und noch gebrochen sprechen kann, so hoffen
die Ärzte doch auf eine Wiedererlangung des
vollständigen Sprachvermögens.

spd. Bad Homburg, 19. März. Bei einem
Einbruch in einer hiesigen Villa erbeuteten die
Diebe neben wertvollem Silbergerät und alten
Gold- und Silbermünzen auch einen Smyrna-
teppich. Der Gesamtwert der gestohlenen
Sachen beziffert sich auf mehr als 250000 Mk.

spd. Bad Ems, 20. März. Bürgermeister
Dr. Schubert hat aus Gesundheitsrücksichten seine
Verlegung in den Ruhestand beantragt.

spd. Limburg, 17. März. Beim Anschirren
eines Pferdes erhielt der 24jährige Adertnecht
Birk von dem Tiere einen derartigen Tritt gegen
den Unterleib, daß er nach kurzer Zeit an den
dabei erlittenen Verletzungen starb.

spd. Hagenburg, 17. März. Beim Ein-
fahren eines Kindes wurde einem hiesigen Ein-
wohner von dem Tier ein Auge ausgeflogen.

Vermischtes.

Strenge Bestrafung eines Steuer-
hinterziehers. Vom Finanzamt Pennep
wurde ein Fabrikant wegen Steuerhinter-
ziehung mit einer Gesamtstrafe von 280000
Mark belegt und zu den Kosten von 2680
Mark verurteilt. Er hatte am Reichsnot-
opfer, Umsatz- und Einkommensteuer 75000
Mark hinterzogen.

Die Folgen der Zeitungsnot. Der
im 105. Jahrgang erscheinende Laubauer
Anzeiger stellt am 1. April sein Erscheinen
ein.

Große Juwelendiebstähle in Mos-
tauer Kirchen. Wie die Mostauer Presse
berichtet, wurden in den letzten Tagen in
Mostauer Kirchen große Juwelendiebstähle
verübt. Aus einer einzigen Kirche wurden
25 Pud kirchlicher Goldgeräte entwendet.
Daß diese Diebstähle von Sachverständigen
ausgeführt worden sind, geht daraus her-
vor, daß die Kirchenräuber nur die echten
Steine entwendeten und die unechten lie-
gen ließen.

Marconi neueste funktentelegraphische
Erfindung. Vor einem zahlreichen Audi-
torium, bestehend aus Vertretern der Ita-
lienischen Regierung und der Presse zeigte
der bekannte italienische Erfinder Marconi
in seiner römischen Versuchstation seine
neueste Erfindung, die darin besteht, daß
Radiodepechen automatisch auf drei Lei-
tungen übergeleitet werden können. Nach
der Erfindung Marconis wird es möglich
sein, Funkmeldungen auch an ferne Sta-
tionen weiter zu leiten, die keinen eigenen
Empfangsapparat, sondern nur normale
Telegraphenstationen haben. Es werden
zum Beispiel direkte Gespräche mit Europa
und überseeischen Ländern möglich sein
ganz abgesehen davon, daß die Erfindung
Marconis eine bedeutende Zeit- und Per-
sonalerparnis bedingt.

Großer Wettersturz in Spanien. In
Nordspanien herrschte ein heftiger Sturm,
der von reichlichen Schneefällen begleitet
war. In Süds Spanien wurde durch nie-
bachähnliche Regenfälle eine Ueberflutung
hervorgehoben. Es herrscht wieder
starke Kälte.

Blutiger Verbrechertamp im Eisen-
bahnzuge. Aus dem Zuchthaus in Görtitz
sollten im Sonderwagen eines Perionen-
zuges 33 Zuchthäuser nach Berlin trans-
portiert werden. Die Gefangenen wurden
äußerst wachsam bewacht, da man einen Aus-
bruch während der Fahrt befürchtete. Trotz
der verschärften Maßnahmen ergriffen die
Verbrecher auf der Strecke zwischen Frank-
furt a. E. und Fürstentum eine zufällig
in ihrem Wagen liegende Eisenkugel und
schlugen den Wächter ihres Abteils nieder.
Der Wächter setzte sich zur Wehr und ariff
mit dem Revolver. Es entspann sich ein
heftiger Kampf. Durch Hilferufe des
Transportbegleiters wurden die anderen
Transportbegleiter alarmiert. Die Kugel-
leiste wurde gezogen. Inzwischen entpan-
gen mehrere Schwerverbrecher und ließen
in den Wald, der sich neben dem Bahnkör-
per befand. Während einige Transportbe-
gleiter die zurückgebliebenen Zuchthäuser
mit dem Revolver in der Hand zur Ruhe
und zum Gehoriam zwangen, nahmen
andere Beamte die Verfolgung der Flücht-
linge auf. Nach kurzer Zeit gelang es, drei
Gefangene einzuholen, nachdem sie durch
mehrere Schüsse kampfsunfähig gemacht
worden waren. Die übrigen Ausreißer
kehrten freiwillig zurück, als sie merkten,
daß die Beamten energisch ihre Verfolgung
aufnahmen. Der Zug konnte darauf unge-
stört nach Berlin fahren, wo die ange-
schossenen Gefangenen ins Krankenhaus ge-
bracht wurden.

Deutsch-schwedische Vereinigung
Göttingen. Zur Förderung der kultu-
rellen Beziehungen zwischen Deutschland
und Schweden ist die Gründung einer
Deutsch-schwedischen Vereinigung Göttingen
beschlossen worden. Außer Vertretern
der schwedischen Kolonie betteilten sich
Vertreter der Universität, der Stadt, des
Universitätsbundes, der Akademie der
Wissenschaften und der Deutschen Studen-
tenschaft an dem Ausbau. Die Deutsch-
schwedische Vereinigung will keine rein aka-
demische Vereinigung sein. Der Schwer-

punkt wird aber, der Eigenart Göttingens
entsprechend, im akademischen Leben liegen.
Man legt die für Neugründung große Be-
deutung bei für das gesamte kulturelle und
wissenschaftliche Leben der Stadt Göttingen.

Verhaftete Muttermörder. Die Voll-
zeit verhaftete in Salzbura die Tochter der
Kaufmannsrau Karoline Erber, Maria
Erber, und ihren Bräutigam Reichherzer.
Sie hatten gemeinsam die Mutter ermor-
det, weil sie sich weigerte, ihrer Tochter
Wäsche und Kleider herauszugeben.

Streik der Bremer Milchlieferanten.
Der Lieferungsstreik der Bremer Milch-
lieferanten hat eine erhebliche Verschärfung
erfahren. In einer Versammlung wurde
beschlossen, jede Milchlieferung, auch für
Kranke und Säuglinge, einzustellen. Durch
diese Maßnahmen beabsichtigen die Milch-
lieferanten, auf die Behörden einen Druck
auszuüben, damit diese sich bereit erklären,
ein Schiedsgericht zur Festsetzung eines an-
gemessenen Milchpreises einzusetzen. Ohne
besonderen Wert darauf zu legen, daß
höhere Preise für Milch zugestimmt werden,
wollen die Milchlieferanten, mit denen sich
die Milchhändler solidarisch erklärt haben,
durchsetzen, daß die Höchstpreisverordnung
grundsätzlich fällt und sich der freie Handel
auch auf dem Gebiete der Milchversorgung
entwickeln kann.

Wapläne der Stadt Köln. Die
Großpläne der Stadt Köln, die sich im
im Hofe der Verwaltung vorfinden, sind
bereitet und gründlich durchgearbeitet wor-
den, werden jetzt in die Verwirklichung
übergeführt. Es handelt sich um die An-
lage eines Handelshafens, um die Schaffung
von Industriegebäude und um den Bau
einer Gürtelbahn um die nördliche Spitze
des linken rheinischen Stadteckes. Der
vorgesehene erste Bauabschnitt des Projekts
erfordert für Handelsgebäude und Industrie-
gebäude 137 Millionen Mark, für den Bau
der Gürtelbahn, deren Ausbau ebenfalls
dem Verkehrsbedürfnis entsprechend erfol-
gen soll, rund 88 Millionen Mark, zusam-
men 225 Millionen Mark.

Hungerstreik in den Warschauer Ge-
fängnissen. Sämtliche politischen Gefangen-
en sind in den Warschauer Gefängnissen
bereits vor zehn Tagen in den Hungerstreik
getreten. Der Grund dazu bildete die
schlechte Behandlung der Gefangenen von
seiten der Gefängnisverwaltung. Die Nach-
richt von dem Hungerstreik, der von der Re-
gierung bis jetzt geheim gehalten wurde,
kam erst jetzt an das Tageslicht, nachdem
einige Gefangene an Erschöpfung bereits
gestorben sind. Mehrere Gefangene ver-
suchten, Selbstmord zu verüben. Unter
den Hungerstreikenden befindet sich der pol-
nische kommunistische Sejmabgeordnete
Dombal, der kurz nach seiner Verhaftung
bereits einmal zwölf Tage gefastet hat.

Die Lebensnot der Polen in
Rußland. Die Ueberfälle auf Getreidezüge
wehren sich in Rußland in jedem Tage.
In erster Linie werden die für die Hun-
gernden bestimmten Lebensmitteltrans-
porte im Eisenbahnbezirk von Smolensk,
durch den fast sämtliche aus dem Westen
kommenden Getreidezufuhren transportiert
werden müssen, ausgeraubt. Die
Ueberfälle werden von großen Banden
planmäßig vorgenommen, zu denen selbst
Eisenbahnbeamte und Kriminalpolizei ge-
hören. Gegenwärtig ist man bemüht, be-
sondere Kommissionen zu gründen, deren
Aufgabe in der Bekämpfung solcher Raub-
banden bestehen wird.

In Thorn, Bromberg, Posen und
Brandenburg ist ein Generalstreik ausge-
brochen.

Aus aller Welt.

Funde auf einem biblischen Schlach-
feld. Bedeutende Funde auf der Stätte der
alten heititischen Feste Charchemish, durch
die alle Einzelheiten einer im Alten Testa-
ment erwähnten Schlacht aufgeklärt wer-
den, sind von den Engländern bei ihren
neuesten Grabungen gemacht worden, über
die Max Maas in der „Kunstschrift“ be-
richtet. Durch die Grabungen wurden die
Befestigungslinien der Stadt festgestellt;
man fand in Zwischenräumen längs der
Mauern Türme, deren Inneres Vorrats-
oder Waschräume für die Soldaten auf-
wies. Von dem Burgberg, auf dem die
eigentliche Festung lag, führten drei Tore
in die innere Stadt, die auf der einen Seite
durch große Erdwälle geschützt war. Die
Mauern und Wälle gehören der zweiten
heititischen Periode vor 1200 vor Christi
an, während die äußere Stadt durch einen
anderen Zweig der heititischen Rasse, die
sog. Ruschi, später erbaut wurde. Der Un-
tergang der Heititer vollzog sich in einer
Schlacht, die im Alten Testament erwähnt
wird, und in der der dort Pharaos Necho ge-
nannte Herrscher beim Flusse Euphrat von
Rebafadnezar vernichtend geschlagen wurde.
Von diesem Schlachtfeld führt der Heititer
künden die wohlhaltenen Ueberreste
eines großen Hauses der Außenstadt, in
dem man zahlreiche Gegenstände fand. In
der die auf den Fußböden liegenden Nische
und namentlich an den Eingängen des Hau-
ses lagen große Haufen von Bronze und
eisernen Pfeilspitzen, Lanzenspitzen, zer-
brochene Schwerter usw., die deutlich er-
kennen lassen, wie die Verteidiger von
Raum zu Raum zurückgedrückt wurden.
Durch vier Siegelabdrücke von Papyrusdo-
kumenten, die die karische Nechos tragen,
wird die Schlacht, von der der Prophet Je-
remias berichtet, zweifellos identifiziert.
Aus einem Bronzefund mit Relief im
ionischen Stil kann man schließen, daß sich

griechische Soldaten im Heere des Pharaos
befanden. Bronzefiguren der Isis und des
Osiris weisen nebst beschriebenen Maaba-
sterfischen und anderen Gegenständen auf
die intimen Beziehungen zu Ägypten hin,
die den Verdacht des ägyptischen Oberherrn
der Stadt erregt hatten. So lassen sich an
diesem einzigartigen Fund auch die politi-
schen Intrigen der letzten heititischen Herr-
scher und der dadurch hervorgerufene Un-
tergang ihres Reiches erkennen.

Die Turmuhr ging vor. Ein Prozeß
um zwei Minuten, der den dänischen Staat
109 000 Kronen kostet, wurde von den dän-
schen Gerichten entschieden. Der Prozeß war
von der Steuerbehörde gegen die Erben
des Lehngrafen Moltke auf Østrup ange-
strengt worden. Graf Moltke starb gegen
Mitternacht an dem Tage, an dem das neue
Erbstiftungssteuergesetz in Kraft trat. Wenn
der Tod nach Mitternacht eingetreten war,
mußten die Erben 346 000 Kronen Steuer
zahlen, während der alte Steuerfuß nur
287 000 Kronen betrug. Wie die Behörde
behauptete, war der Graf eine Minute ge-
storben, nachdem die Turmuhr des Schlosses
zwölf geschlagen hatte. Sie forderte da-
her die Steuer nach den Sätzen des neuen
Gesetzes. Die Zeugen sagten indessen aus,
daß die Turmuhr zwei Minuten vorgegangen
sei, so daß Graf Moltke tatsächlich eine
Minute vor Mitternacht gestorben ist. Das
Gericht wies daher die Klage der Steuer-
behörde ab und entschied, daß die Steuer
nach dem alten Gesetz zu zahlen sei.

Schutz der Wälder. Während des
Krieges ist die Waldweide und die Ent-
nahme von Waldtieren in den staatlichen
Forsten gestattet worden. Der Waldboden
und der Bestand sind dadurch reichhaltig
worden. Infolgedessen soll in kommenden
Sommer Waldweide und Waldtiere nicht
mehr freigegeben werden. Nur wo örtliche,
bringliche Notstände vorliegen, soll die
Waldweide und die Streuabgabe zugelassen
sein. Die Entscheidung darüber treffen nach
einer Verfügung des Landwirtschaftsmini-
steriums die örtlichen Behörden von Fall
zu Fall.

Frühlingsanfang 1922 fällt auf den
21. März, morgens 5 Uhr. Ein „Gott lobt“
wird ihn allgemein begrüßen, und die große
Erwartung auf bessere und billigere (?)
Tage wird hoffentlich zu ihrem Recht kom-
men. Mit Martini 1921 (11. November)
trat die Frostperiode des Winters ein, und
mit Ausnahme der kurzen Sturm- und
Regenfrühen zwischen Weihnachten und Neu-
jahr hat sie bis Mitte Februar gedauert.
Die Nachfröste des März, die wir jetzt noch
haben, wollen ja wenig gegen das bedeuten,
was wir erlebt haben. Haben wir von der
Kälte, die auf - 25 bis -30 Grad Celsius
stieg, genug gehabt, so haben wir nach dem
sehr trockenen Herbst im eigentlichen Winter
nicht genügend Niederschläge gehabt. Diese
Zustände, sowie die verschiedenen Februar-
und Märzgewitter deuten darauf hin, daß
das spätere Frühjahr sich als fruchtbar er-
weisen wird. Gute Erträge können wir ja
bei den heutigen Preisen für Brot und Ge-
müse gebrauchen. Ostern fällt auf den 16.
April. Ein „weißes“ Fest ist bei diesem
Termin wohl nicht mehr wahrscheinlich, ein
„grünes“ Ostern hängt von der freundlichen
Mitwirkung der Frau Sonne ab.

Berichtliches.

Freisprechung eines Vatermörders.
Die Dortmund Strafkammer hat den
17jährigen Franz Gwandowsky, der seinen
Vater in Notwehr erschlagen hatte, freige-
sprochen. Der Vater hatte in der Dunkel-
heit den Bruder des Angeklagten mit einem
Beil erschlagen wollen. Der Angeklagte hat
darauf das Beil ergriffen und seinen Vater
nieder geschlagen. Die Ursache des Fami-
lienstreites liegt darin, daß der Vater seine
Ehne gewalttätig zur Abgabe eines Op-
tionscheines für Polen bewegen wollte.

Sühne für die blutige Silvesternacht
in Dinkelsbühl. Der Hilfsarbeiter August
Klingler, welcher in der Neujahrnacht auf
dem Marktplatz in Dinkelsbühl eine Bombe
warf, wodurch 25 Perionen zum Teil schwer
verletzt wurden, ist wegen verübten Mor-
des und Vergehens gegen das Sprengstoff-
gesetz zu neun Jahren Zuchthaus und fünf
Jahren Ehrverlust verurteilt. Klingler
gab an, die Tat begangen zu haben, weil ein
Genosse von ihm nicht aus der Haft entlassen
worden sei.

Handel und Verkehr.

Aufhebung der Benzolbewirtschaftung.
Der wirtschaftspolitische Ausschuss
des vort. Reichswirtschaftsrats stimmte
einer Befreiung, betreffend Auf-
hebung der Benzolbewirtschaftung, zu, nach-
dem bezüglich der Lieferungsverpflichtun-
gen betriebliegende Erklärungen abgegeben
worden waren. Der Ausschuss nahm ferner
den Entwurf eines Gesetzes über die Rege-
lung der Einfuhr an, der die Organisation
des Reichsbeauftragten für die Ueber-
wachung der Ein- und Ausfuhr aufheben
und auf die Zollverwaltung überleiten
wird.

Pfeiffer & Diller
ist die echte, feine
und sparsame
Kaffee-Essenz
für jede Küche!
Originaldosen
u. Silberpakete
zu haben
in den Geschäften!



Rivalinnen.

Roman von Rudolph Siche.

1) Nachdruck verboten.

Auf Hallers Hof, den ich hoffe, mein Leben zu verbringen, hier mich in lebenslängliche Kerkertage vergraben. Was ich jetzt sage, ist keineswegs in der Aufregung gesprochen. Ich schlage das Geld nicht dem Besten, was der rechte Erbe beides nehmen und mich in Frieden leben lassen.“

„Aber Augen wandten sich bei den Worten von ihr ab und richteten sich auf Hans, einige mit diesigendem Säbeln, einige mit schadenfroher Miene.“

„Anstun, meine teure gnädige Frau,“ entgegnete Herr Braun, „das geht ja nicht. Erstens sieht Ihnen keine Verfügung laut Testament über das Gut zu, sondern den Verwalter, und zweitens haben Sie vergessen, daß selbst wenn Sie sich wieder verheiratet, wenn Sie Hallers Hof auf länger als einen Monat verlassen, das Vermögen keineswegs auf den rechtmäßigen Erben überginge, sondern auf mich.“

„Auch nicht einmal, wenn Sie ihn heiraten sollte.“ sagte Breitbach ganz laut gegen Rindskopf gewandt, indem er mit seinem Stock wie zur Bekräftigung auf den Fußboden stieß.

seinen Stock fester, als wolle er sich seiner Verteidigungswaffe versichern.

Natalie hatte den Frechen nur stolz und verächtlich angeblickt und verließ ohne ein weiteres Wort, von Traudchen gefolgt, das Zimmer. Nach einer kleinen Pause lehrte leipere zurück und küßte dem Notar etwas zu.

„Meine Herren,“ sagte Herr Braun, Frau Haller läßt Sie ersuchen, diesen feierlichen Akt doch mit einem kleinen Imbiß zu beschließen, da, wie Jungfer Traudchen eben meldete, serviert ist. Sie läßt auch bitten, ihre Abwesenheit dabei zu entschuldigen, denn —“

„D gewiß werden wir Sie entschuldigen,“ rief Breitbach. „Scheint nicht ganz zufrieden mit des alten Bitter Erbschaft zu sein. Wird für einige Junggesellen in der Nachbarschaft eine harte Enttäuschung — he, Rindskopf? He Reimer?“ Er blinzelte bei seinen Worten jedoch nur Hans an.

„Und für dich in erster Linie, Freund Breitbach,“ entgegnete Rindskopf; „denn wenn ich mich recht entsinne, so warst du es gerade, der, kaum daß die Erde auf dem Sarge des Verstorbenen lag, schon eine wahre Verjagung nach Hallers Hof in Szene setzte, natürlich, um der gebeugten Witwe Trost zu spenden.“

„Meine Herren, meine Herren, bedenken Sie, wo Sie sich befinden,“ warf Braun ein. „Lassen Sie diese kleinen Geschichten nicht bei einem Glase Moselblümchen am besten schlüpfen?“

Die Herren schienen diesen Rat annehmbar zu finden, denn sie verließen eifrig gesittuliert das Zimmer, und nur Hans blieb zurück.

Notar Braun, der dies bemerkte, wandte sich an der Tür um und schritt auf Hans zu.

„Noch ein Wort, Herr Haller, ehe wir den Weinkeller des Verstorbenen verlassen. Bedenken Sie sich länger in unserer Gegend aufzuhalten?“

„Das einzige, was mich dazu veranlassen könnte, wäre, Herrn Breitbachs Klagen erst einmal intims Freundschaft mit meinem Stock schließen zu lassen,“ rief Hans vorgrübelnd.

„Anstun, Herr Haller! Unter was gefaßt, Breitbach hatte ein Auge auf die Witwe geworfen und er wußte wohl warum. Sie ist auch ein Weib unter Tausenden, abgesehen von dem Bayern Geld. Selbst unter obwaltenden Umständen aber wäre es noch nicht der dümmste Streich, den ein Mann beginge, wenn er Frau Natalie zu seiner Gattin machte.“

„Und darf ich fragen, was mich dies alles angeht, mein Herr? Daß es in Ihrem Interesse liegt, die Dame dieses Hauses sobald wie möglich zu verheiraten, ist nicht schwer zu verstehen, nur finde ich es ein wenig — lähn von Ihnen, schon so bald über sie verfügen zu wollen. Was meine Person anbetrifft, so bin ich mit dem Inhalt des Testaments vollkommen zufrieden. Guten Tag, Herr Notar.“

„Aber Sie wollen doch nicht ohne einen Imbiß genommen zu haben fortgehen, und noch dazu, wie mir scheint, mit einem kleinen Grob gegen mich. Nein, nein, das darf ich nicht gestatten. Was würden auch die anderen Herren dazu sagen?“

„Die mögen sagen, was ihnen beliebt und zur Hölle gehen!“ rief Hans und verließ mit einer kurzen Verbeugung gegen Braun das Zimmer.

Hans hatte bis jetzt nur drei Räume im Hause kennen gelernt, das Zimmer, worin er sich eben befand und wo er Natalie am dem Abend zuerst gesehen, das Speisezimmer und dann sein eigenes.

Er schritt hastig hinauf zu dem letzteren, um seine Touristenflasche zu packen und das Haus zu verlassen auf Zimmerwiedersehen. Das Andenken an Natalie, die wie eine Königin dorthin aus dem Zimmer geschritten war, sollte ihn begleiten. Hallers Hof verließ, und mußte dazu die erste Gelegenheit abwarten.

„So lange, bis sich die Gelegenheit bot, wollte er nicht ins Freie gehen, denn ihn widerete förmlich die Luft des Gutes an. Western jedoch hatte er auf dem Wege zu seinem Zimmer eine halb offene Tür bemerkt, die in eine sogenannte Unschöne Grotte schlen, welche ja auf seinem ordentlichen Grotthofe schlen darf und die nur da zu sein scheint, um viermal im Jahr gelüftet zu werden. Dort konnte er jedenfalls ungestört warten, bis sich die Gelegenheit, Natalie wieder zu sehen, bot, und dort hörte er auch nicht das Geräusch aus dem Speisezimmer, wo die Stimmung eine ziemlich angeheiterte zu werden schien.“

Nam jedoch hatte Hans das Zimmer betreten, welches deutlich die Luft und das Aussehen des Unbewohnten an sich trug, so bereute er es auch schon. Es war sein Wunsch gewesen, Natalie wieder zu sehen, aber sie zu überraschen, wie er sie fand, das hatte er nicht gewollt.

Sie saß an einem Fenster des Hauses, das ihr zum Gefängnis werden sollte; ihr Kopf war in die Hände vergraben, und ihr ganzer Körper schien von einem Sturm der Leidenschaft geschüttelt zu werden. Hans wollte sich sofort wieder zurückziehen, ehe er jedoch seinen Entschluß auszuführen vermochte, war Natalie aufgeprungen und stand ihm gegenüber.

(Fortsetzung folgt.)

Statt besonderer Anzeige.

Dem unerforschlichen Ratschlusse Gottes hat es gefallen, heute Nachmittag 9 1/2 Uhr meine treue Gattin, unsere liebe Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwägerin und Tante

Frau Anna Maria Sabel

geb. Schardt

nach kurzem schweren Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 73 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Jakob Sabel, Justizwachmeister a. D.

Nastätten, Neuss, Köln, den 17. März 1922.

Die Beerdigung findet Dienstag Nachm. 2 Uhr, das Seelenamt Mittwoch früh 7 1/2 Uhr statt.

Bekanntmachung.

Infolge der Futter- und Streunot des letzten Sommers mußte die Waldweide und die Abgabe von Waldstreu wieder in einer Weise zugelassen werden, die mit den Aufgaben der Forstwirtschaft für die Erhaltung der Ertragsfähigkeit des Waldbodens und des Bestandes kaum noch vereinbar ist. Wir machen daher in Ausführung des Erlasses des Herrn Landwirtschaftsministers darauf aufmerksam, daß die Maßnahmen des Sommers und Herbstes 1921 Notstandsmaßnahmen waren und daß die Erhaltung des Waldes eine Einschränkung der Waldweide und der Streuabgabe auf das notwendigste Mindestmaß erfordert.

Wiesbaden, den 3. März 1922.

Regierung: Abteilung für Domänen und Forsten
gez. Pfeffer v. Salomon, gez. Hammerstein.

Wird veröffentlicht:

Nastätten, den 18. März 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Stangenversteigerung.

Dienstag, den 21. März cr.,
nachmittags 1 Uhr

anfangend, kommen im Weidenbacher
Gemeinwalde, Distrikt Strütchen 11

2875 Stück Bohnenstangen

zur Versteigerung.

Weidenbach, den 13. März 1922.

Der Bürgermeister: Zimmermann.

Holzversteigerungen

Oberförsterei Katzenelnbogen • Försterei Oberfischbach

Freitag, den 31. März cr., vormittags 10 Uhr in dem Saalbau Biehl in Katzenelnbogen: 1) Aus dem Einschlag 1921 Distrikt 5 Erlen 1 Raummeter anderes Laubholz; Scheit; 2) Aus dem Einschlag 1922 Distrikt 6 Unner, 10 Ringmauer, 15 Eichwieserberg, 18 Freiborn, 23 Grauestein, 26 Schützenwiese, 29 Steinkopf, 30 Fischbacher und Totalität: Eichen: 124 Raummeter Scheit und Knüppel, 4870 Wellen; Buchen: 484 Raummeter Scheit und Knüppel, 18980 Wellen; Anderes Laubholz: 50 Raummeter Scheit und Knüppel; Nadelholz: 22 Raummeter Scheit und Knüppel, 280 Raummeter ungeformte Reiser.

Montag, den 3. April cr., vormittags 10 Uhr in dem Saalbau Biehl in Katzenelnbogen: Distrikt 1 Hinterheck, 10, 11 Ringmauer, 13 Sub, 22 Unterbeibe, 23 Grauestein, 25 Mühflweg und Totalität: Eichen: 47 Raummeter Scheit und Knüppel, 14340 Wellen, 70 Raummeter ungeformte Reiser; Buchen: 107 Raummeter Scheit u. Knüppel, 5990 Wellen; Anderes Laubholz: 29 Raummeter Scheit und Knüppel; Nadelholz: 35 Raummeter Scheit und Knüppel, 90 Wellen. Verkaufsbefristungen vorbehalten. Wiederverkäufer nicht zugelassen.

Einige tüchtige

Arbeiter

zum Holzverladen und Einschneiden
sowie sofort gesucht.

Karl Hofmann, Nastätten.

Es können noch eine Anzahl

Arbeiter und Arbeiterinnen

im Alter von 14 bis 16 Jahren als
Schnitzlinge in unsere Fabrik eingestellt
werden.

Kampf & Spindler
Seidenstoff-Fabrik
Nastätten.

Eierleg-Pulver

empfiehlt

Amts-Apotheke Nastätten.

Blut-Apfelsinen

Zitronen

gerrein. Korinthen

Rosinen

gerasp. Kokoßnuß

und

sämtl. Gewürze

empfiehlt

Konditorei Ackermann,
Nastätten — Telefon 78.

Die gegen Herrn Bürger-
meister Schmidt aus
Welterod ausgeprochene Ver-
leumdung widerrufe ich hiermit als
unwahr. Gg. Schlaadt.

Fliegendraht

Gartendraht

Stacheldraht

verz. Draht

Krampen

stets zu haben bei
E. Knoche, Nastätten
(gegenüber Kaufhaus Schenk).

Sämtliche Bauhandwerker

von Miehlen und Umgegend werden
zu einer

Besprechung

auf Sonntag, den 26. März 1922,
nachmittags 2 Uhr, in das Gasthaus „Zur
Rose“ in Miehlen eingeladen.

Der Einberufer.

Weil

das Geheimnis des geschäftlichen Erfolges
durch die Reklame nicht darin besteht,
daß sie gemacht wird, sondern wie sie
gemacht wird, muß man ganz genau
auf die zugkräftigsten Blätter achten.

Deshalb

bevorzugen Sie stets in erster Linie den
„Rhein- und Lahn-Anzeiger“, der in
Nastätten und Umgegend die größte
Verbreitung hat und in jedem Hause
besonders beachtet und gelesen wird.

Bevor Sie Ihre

Metalle, Alteisen und Guss

verkaufen, fragen Sie bei uns an, wir können heute wieder
hohe Preise zahlen. Karl & Theodor Wagner.

Hans Jehle, Lord im Rheingau
Weingutsbesitzer — Weingroßhandlung

Empfehle:

Weiß- und Rotweine

bis zu den feinsten Creszenzen

in Flaschen und Gebinden

Zweigniederlassung:

Fritz Hehner, Nastätten, Rheinstr. 28

Milch-Zentrifugen

unsere bekannten bewährten Marken
zu den noch billigsten Preisen.

Kaufhaus Salomon Stern, Nastätten.

Meine Frau war über 50 Jahre
mit einer häßlichen

Flechte

behaftet. Mein
gesundes Flechten hatte sie
auf dem Leibe. Durch Zucker's
Patent-Medizin-Selso wurden die
Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese
Seife ist Tausende wert. E. B.
Dazu Zuckooch-Cremo (nicht färbend
und selbstheilend). In allen Apotheken,
Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Arbeiterverein Germania Nastätten.

Die Mitglieder werden gebeten, zur
Beerdigung der Ehefrau des Herrn
Justizwachmeister Sabel morgen
Dienstag um 1 1/2 Uhr am Hotel
Guttrum zu erscheinen.

Der Vorstand.

Gebrauchter eiserner

Herd oder Ofen

zu kaufen gesucht. Best. Angebote mit
Preisangabe unter „Förder“ an die
Geschäftsstelle d. Blattes.

Gut erhaltener einspänniger

Ruhwagen

sowie Kuhgeschirr preiswert zu ver-
kaufen. Gg. Dimmighofen.

Wer erbrämt sich meiner
und läßt mir einen Meter
Holz zum Selbstkostenpreise ab?
Witwe Karl Sehner.

Weizenmehl

auch gegen Tausch von Weizen
gibt ab

Wilh. Gill, Nastätten.

Fenstergetriebe

in allen Ausführungen
sowie sämtliche

Bau-Beschläge

vorvätig bei

E. Knoche, Nastätten
(gegenüber Kaufhaus Schenk).

Der Täter, welcher die
Inskription auf dem Grabe
der Wilhelmine Krämer demoliert
hat, ist beobachtet, erkannt und ver-
urteilt. Ersuche denselben, sich inner-
halb 3 Tagen bei dem Unterzeichneten
zu erklären zwecks Tragung der ent-
standenen Unkosten und Wiederher-
stellung des Grabens, andernfalls die
Sache gerichtlich verfolgt wird.
J. A.: Georg Korn.

Butter

eingetroffen!

Wilh. Gill, Nastätten.

Grubensand und -Ries!

Den verehrlichen Bauinteressenten
zur Kenntnis, daß ich den Weg zu
meiner Sandgrube sichtbar gemacht
habe und empfehle bei Lieferung von
Autobezug sofort zu bestellen, damit
ich die Lieferung bei der großen Nach-
frage franko Baustelle frühzeitig aus-
führen kann.

Heinrich Meyer
Lierschied b. St. Goarshausen
Telefon 23.